

# Auch Japan will Budget sanieren

## Die neue Regierung fürchtet die griechische Tragödie und die Ratingagenturen

**Japan will runter von den Schulden. Das Muster ist bekannt: Ausgabenkürzungen und eine Erhöhung der Mehrwertsteuer.**

DANIEL KESTENHOLZ

Japan, die am höchsten verschuldete Industrienation der Welt, strebt bis März 2020 einen ausgeglichenen Haushalt an. Der Abbau der gigantischen Schuldenlast sollte demnach unverzüglich an die Hand genommen werden. Um das ehrgeizige Ziel zu erreichen, will die Regierung das Steuersystem umfassend reformieren, das Wachstum ankurbeln, die Deflation drosseln und die Ausgabe von Staatsanleihen begrenzen.

Das Beispiel Griechenland und die Möglichkeit, dass auch ihr Land als griechische Tragödie enden könnte, scheint der neuen politischen Führung Japans gezeigt zu haben, dass die Zeit zum Handeln gekommen ist. Die jährlichen Ausgaben werden über die nächsten drei Jahre von gegenwärtig 96 Billionen Yen auf 71 Billionen Yen zurückgeführt, das sind umgerechnet 781 Milliarden US-Dollar.

### Oberhauswahlen abwarten

Die strapazierte Staatskasse soll eine Steuerreform entlasten. Das ist politisch riskant, weshalb die Regierung unter dem neuen Premierminister Naoto Kan mit konkreten Beschlüssen bis nach den kritischen Oberhauswahlen am 11. Juli zuwarten will. Die Möglichkeit ist nicht auszuschliessen, dass die kleine Kammer in die Hand der oppositionellen Liberaldemokraten fallen könnte.

Bereits als Finanzminister hatte sich Kan für eine Erhöhung der Mehrwertsteuer



ZURÜCK ZUR PROSPERITÄT? Passanten vor der Tokioter Börse. KIM KYUNG HOON/REUTERS

ausgesprochen. Darüber hinaus soll auch die im internationalen Vergleich hohe Unternehmenssteuer von derzeit rund 41 Prozent deutlich auf 25 Prozent gesenkt werden. In ihren Grundsätzen

scheint Japans Budget- und Fiskalkur bereits beschlossen. Nach Umfragen sollen auch 48 Prozent der Wähler eine Verdoppelung der Mehrwertsteuer auf 10 Prozent befürworten.

Ein Strategiepapier der regierenden Demokraten lässt vermuten, dass Tokio zur Einsicht gelangt ist, dass rigoroser Defizitabbau der einzige Weg ist, eine Fiskal Krise von europäischem Ausmass zu

vermeiden. Mit rund 200 Prozent des Bruttoinlandsprodukts weist die zweitgrösste Volkswirtschaft der Welt die höchste Staatsverschuldung unter den Industrienationen auf. Fast die Hälfte von Japans Budget wird durch Neuverschuldung bestritten. Immerhin können die Milliarden praktisch ausnahmslos im eigenen Land aufgenommen werden, die Käufer der Bonds sind zu 94 Prozent einheimisch.

### Verliert Japan sein Rating?

Die Ratingagentur Fitch wartet auf genauere Details, ob die ehrgeizigen Pläne auch wirklich durchführbar sind. Sonst, so hiess es, riskiere Japan eine Herabstufung des AA-Ratings. Moody's bewertet Japan weiter mit dem dritthöchsten Rating gleich wie Hongkong und Italien. Unter den G-7-Staaten sind Japan und Italien damit die Einzigen, die unter Moody's höchstem AAA-Rating liegen.

Aus Kans Kabinett verlautete, Priorität habe, das Vertrauen der Investoren wiederherzustellen. Der japanische Finanzminister Yoshihiko Noda erklärte dazu wenig konkret, die Ziele würden durch «Reformen von Ausgaben und Einkommen» erreicht.

Japans Regierung ist offenbar überzeugt von ihren ehrgeizigen Reformplänen. Japan hat seine Wachstumsprognose für das am 31. März endende Fiskaljahr von 1,4 Prozent deutlich auf 2,6 Prozent angehoben. Das wäre immerhin das grösste Wachstum des Bruttoinlandsprodukts seit zehn Jahren. Dies sei, so Tokio, der Erholung der Weltwirtschaft und anhaltenden Konjunkturpaketen zu verdanken.

Gisler



MARKUS GISLER

## China spielt Katz und Maus

Die Euphorie war von kurzer Dauer, der Traum zu süss. Als China am Sonntag überraschend bekannt gab, den Wechselkurs des Yuan zum Dollar «flexibler» zu gestalten, hatte dies den Markt in Entzücken versetzt. Mit einem Mal schienen das fundamentalste aller ökonomischen Probleme gelöst, nämlich die krasse Unterbewertung des Yuan. Diesen hat China fest an den Dollar gebunden. Ein deutlich teurer Yuan würde Wunder wirken: Chinesische Produkte würden teurer, Arbeitsplätze kämen zurück, das krasse Ungleichgewicht zwischen den Blöcken – hier die immer reicher werdenden Chinesen, dort die verarmenden USA und das ausgepowerte Europa – würde abgebaut.

DOCH SCHON AM DIENSTAG wurde den Hoffnungen ein jähes Ende bereitet. Die staatlichen chinesischen Banken, alleamt Giganten, hatten, nach dem der Yuan am Montag um ein knappes halbes Prozent teurer geworden war, im grossen Stil Dollar gekauft und damit den Yuan wieder geschwächt, sodass die Hälfte des Kursgewinns vom Montag verpuffte. Übrig blieb eine homöopathische Stärkung des Yuan. Man wolle nicht, argumentierten chinesische Ökonomen, dass nun eine Einbahn-Yuan-Spekulation eintrete. Tatsächlich droht der Yuan zum Spielball von allerlei Hedge Funds und Währungsspekulanten zu werden. Doch die sibyllinische Äusserung Chinas vom Sonntag hatte vor allem einen politischen Hintergrund. Seit Monaten üben die Amerikaner mächtigen Druck auf die Chinesen aus, die Bindung des Yuan an den Dollar zu lösen. Am bevorstehenden G-20-Treffen in Toronto besteht die Gefahr, dass der Konflikt verbal eskaliert. Also hat sich China mit der in Aussicht gestellten Flexibilität aus dem Schussfeld genommen.

INDES, ES WÄRE NAIV ZU GLAUBEN, die Chinesen wären bereit, ihr mächtiges Währungspfund aus der Hand zu geben. Chinas Position auf dem Weltmarkt ist einmalig. Sie scheffeln Devisenreserven im gigantischen Ausmass (aktueller Stand rund 2500 Mrd. \$). Damit kaufen Sie nicht nur auf der ganzen Welt Rohstoffreserven auf, sie erwerben auch die teuersten Technologien, sie bilden millionenweise Ingenieure aus und sie bringen ihre Infrastruktur auf den neuesten Stand. China rüstet sich zur unumstrittenen Weltmacht auf. Seine Waffe sind die Millionen billiger Wanderarbeiter aus dem Norden, die im Küstengürtel in den Fabriken für Hungerlöhne arbeiten.

DIESE POSITION WIRD CHINA nicht aufgeben. Mehr als eine Pro-forma-Aufwertung wird es nicht geben. Die chinesischen Banken sind zu mächtig, als dass es zu einem echten Floating kommen kann. Nachgeben werden sie nur so weit, dass ihre Dollar- und Euro-Guthaben nicht in zu grosse Schieflage geraten. Konkret: China ist so stark geworden, dass es mit dem Rest der Welt Katz und Maus spielen kann.

# Ölkatastrophe könnte Förderung bremsen

## Die Märkte erholen sich, aber ohne Tiefsee-Projekte schafft die Ölindustrie ihr Wachstumsziel nicht

Die Explosion der Bohrinsel Deepwater Horizon im Golf von Mexiko könnte nach Einschätzung der Internationalen Energieagentur (IEA) weitreichende Folgen für die Ölindustrie haben. Sollten die Sicherheits- und Umweltauflagen deutlich verschärft werden, könnten sich neue Projekte für Tiefsee-Bohrungen deutlich verzögern, heisst es im neuen mittelfristigen Öl- und Gasmarkt-Bericht der OECD-Organisation. Die Ölfördermenge im Jahr 2015 könne um bis zu 800 000 Bar-

rel pro Tag (je 159 Liter) niedriger liegen als derzeit berechnet. Das prognostizierte Wachstum der Öl- und Gasförderung beruhe zu grossem Teil auf Tiefsee-Projekten.

Abgesehen davon gibt sich die IEA verhalten optimistisch. Die Öl- und Gasmärkte zeigten deutliche Zeichen der Erholung, schreiben die Experten. Im Zeithorizont bis Ende 2015 geht die IEA in einem optimistischen Szenario von einem jährlichen Wachstum der Ölnachfrage um 1,4 Prozent aus. 2015 wür-

den dann 92 Mio. Barrel pro Tag nachgefragt werden.

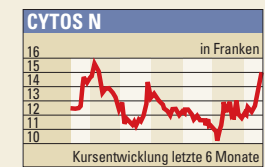
In einem weniger optimistischen Szenario rechnet die IEA unter anderem mit einem jährlichen Wirtschaftswachstum von unter 3 Prozent. In diesem Fall würde die Ölnachfrage jährlich schätzungsweise lediglich um 1 Prozent steigen und 2015 knapp 90 Mio. Barrel pro Tag erreichen. Im positiven Szenario wird ein jährliches Wirtschaftswachstum von rund 4,5 Prozent erwartet.

Schwerwiegende Engpässe befürchtet die IEA vorerst nicht. Die Organisation rechnet damit, dass die Ölförderkapazitäten bis 2015 auf 96,5 Mio. Barrel täglich erhöht werden können. 2009 lagen sie bei 91 Mio. Barrel täglich. Auch beim Gas zeigt sich die IEA vor dem Hintergrund neuer Förder- und Transporttechniken zuversichtlich. Allein beim Flüssigerdgas könne von 2008 bis 2013 mit einem Wachstum der Fördermenge von rund 50 Prozent gerechnet werden. (DPA)

### Börse

#### Cytos hofft auf Turnaround

Der Schweizer Aktienmarkt hat gestern stark an Wert eingebüsst. Der Leitindex SMI sank um 1,26 Prozent auf 6381,85



Punkte. Die grössten Verluste mussten Finanztitel hinnehmen. Hingegen war die Cytos-Aktie wegen eines Asthma-Impfstoffkandidaten 19 Prozent im Plus bei 15 Franken. CEO Wolfgang Renner hatte in der «Handelszeitung» erklärt, das Ertragspotenzial des Produktkandidaten betrage «deutlich mehr als 600 Millionen Franken». Die Firma konnte bisher keinen ihrer Impfstoffe auf den Markt bringen. (SDA)

### Nachrichten



#### 116 500 Dollar für dieses Schild

Das rund hundert Jahre alte Strassenschild bei der New Yorker Börse hat den Besitzer gewechselt. Für das blau-weiße Schild bot ein Unbekannter bei einer Auktion bei Christie's die sechsstellige Summe. (DPA)

#### BZ Martin Ebners Bank verdoppelt Gewinn

Die BZ Bank von Financier Martin Ebner hat den Gewinn im ersten Halbjahr 2009/10 mehr als verdoppelt. Unter dem Strich verdiente das Geldhaus 7,96 Mio. Fr. nach 3,73 Mio. Fr. im Vorjahressemester. Im ganzen Geschäftsjahr 2009 fuhr sie einen Gewinn von 8 Mio. Fr. ein. Die grösste Verbesserung gelang im Handelsgeschäft, das wieder einen Erfolg von 3,2 Mio. Fr. erzielte nach einem Verlust von 1,9 Mio. Fr. ein Jahr zuvor. Das Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft, legte von 8,2 Mio. auf 9,6 Mio. Fr. zu. Das kleine Zinsengeschäft konnte den Erfolg um das 18-Fache auf 177 600 Fr. steigern. (SDA)

#### Zukauf Chemiekonzern BASF kauft deutsche Cognis

Der weltgrösste Chemiekonzern BASF kauft für 3,1 Milliarden Euro den deutschen Spezialchemie-Anbieter Cognis. Durch den Zukauf wird der Chemieriese zum weltweit führenden Anbieter von Inhaltsstoffen für die Kosmetikindustrie. (AP)

#### Telekom Sunrise darf nun auch iPhones verkaufen

Nachdem die Nummer 2 im Schweizer Mobiltelefonmarkt bisher von Apple übergangen wurde, darf nun auch Sunrise das iPhone 4 verkaufen. Voraussichtlicher Verkaufsstart ist der 17. Juli. (MZ)

#### Hiag Immobiliengruppe übernimmt Aathal

Die Hiag Immobilien Gruppe aus Riehen übernimmt die Streiff AG und damit das Aathal, eines der grössten zusammenhängenden städtebaulichen Entwicklungsgebiete im Kanton Zürich. Das Familienunternehmen Streiff AG verfügt über eine Fläche von rund 500 000 Quadratmeter. Hiag verfügt damit neu über eine Landfläche von 1,5 Millionen m2 und eine Nutzfläche von knapp 600 000 m2 an verschiedenen Standorten in der Deutschschweiz und der Romandie. Die Industriefamilie Streiff blickt auf eine über 100-jährige Geschichte als eines der einst wichtigsten Spinnereunternehmen zurück. (MZ)